

# Offen

KATH. OKJA

Die Online-Zeitschrift der LAG Katholische Offene Kinder- und Jugendarbeit NRW



## Darf's ein wenig mehr sein?

### Crowdfunding in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit

Leider gehört es mittlerweile zum Alltag vieler Offenen Kinder- und Jugendeinrichtungen: So manche Idee, so manches Projekte kann nicht durchgeführt werden, weil dafür die nötigen finanziellen Mittel nicht zur Verfügung stehen. Aber vielleicht mag Crowdfunding, was in Wirtschaft und NPOs immer populärer wird, hier weiterhelfen.

Wer das Fremdwort genauer betrachtet, bekommt auch schon eine Idee, was sich dahinter verbirgt:

crowd = (Menschen-)Menge und  
funding = Finanzierung.

Zu Deutsch könnte man auch sagen: "Schwarmfinanzierung" und genau das ist der Gedanke: "Was einer alleine nicht schafft, das erreichen viele gemeinsam".

So hat z.B. die **Pax-Bank** eine eigene Crowdfunding-Plattform aufgebaut, die von Kirchengemeinden, caritativen Einrichtungen, gemeinnützigen Vereinen, Kinder- und Jugendeinrichtungen, Fördervereinen u.v.m. dazu genutzt werden kann, ihre Projekte online zu stellen und Gelder für ihr Projekt zu akquirieren.

Voraussetzungen für die Einreichung eines Projektes:

- Der Verein/die Institution hinter dem Projekt ist als gemeinnützig anerkannt.
- Der Verein/die Institution befindet sich im Geschäftsgebiet der Pax-Bank.
- Das Projektentwicklungskonto ist bei der Pax-Bank.
- Der Vorstand des Vereins/der Institution ist mit dem Projekt einverstanden.
- Eine Legitimation des Vorstands und des Projektinitiators ist bei der Pax-Bank eingereicht.
- Eine realistische Projektschätzung ist kalkuliert und angesetzt.
- Bild und Videomaterial für das Projekt sind vorhanden, gesammelt und/oder erstellt.
- Eine detaillierte und begeisternde Projektbeschreibung ist angefertigt.

Und so funktioniert es (Anleitung für ProjektträgerInnen):

"In der **ersten Phase** - Vorbereitungs- und Bearbeitungsphase - bereiten Sie Ihr Projekt vor, d.h. Sie entwerfen Texte und machen Bilder, um NutzerInnen und TeilnehmerInnen von Ihrem Projekt zu begeistern. Ein eigenes Video kann ebenfalls auf sehr anschauliche Weise Ihr Ziel illustrieren. Sie legen die benötigte Summe und den Zeitraum, in dem gesammelt wird, fest. Zudem überlegen Sie sich Dankeschöns, die an die UnterstützerInnen verschickt oder ausgegeben werden können. Dies geschieht im Offline-Modus.



**wo2oder3.de**  
Eine Initiative der Pax-Bank

Ziel der zweiten Phase - der 2 wöchigen Startphase - ist es, genügend Fans zu sammeln, um in die nächste Phase zu gelangen. Sprechen Sie mit Ihren Freunden, Bekannten und Verwandten über das Projekt und machen Sie Werbung in Ihren Netzwerken, um Ihr Projekt voranzutreiben. Nur wenn Sie in den 2 Wochen der Startphase genügend Fans gesammelt haben, gelangt ihr Projekt in die Finanzierungsphase. Die Anzahl der benötigten Fans richtet sich nach der Höhe des zu finanzierenden Geldbetrages.

Nun gelangt Ihr Projekt in die **dritte Phase**, die Finanzierungsphase. Jetzt haben Sie bis zu drei Monate Zeit, um Ihr Finanzierungsziel zu erreichen. Mobilisieren Sie Freunde, Bekannte, Mitglieder, um Ihr Projekt erfolgreich zu machen. Die TeilnehmerInnen bzw. UnterstützerInnen können die Höhe ihres finanziellen Beitrags selbst festlegen und für

den Erfolgsfall ein Dankeschön oder eine Spendenquittung anfordern. In dieser spannenden Zeit ist ebenfalls wichtig, die Werbetrommel in Ihren Netzwerken – persönliche Kontakte, Mails, Soziale Netzwerke,... - zu rühren. Nach der vorher gesetz-

ten Frist wird geprüft, ob das Ziel – die festgelegte Finanzierungssumme – erreicht wurde.

In der **vierten und letzten Phase**, dem Kampagnenende, erfolgt die Auszahlung der erfolgreich finanzierten Projekte oder die Rückzahlung der nicht erfolgreich finanzierten Projekte. Wenn das Projektziel – der kalkulierte Betrag - erreicht oder überschritten wurde, erhalten Sie das Geld und können Ihr Projekt realisieren. Die versprochenen Dankeschöns oder Spendenquittungen schicken Sie ihren UnterstützerInnen zu. Sollte das Ziel nicht erreicht werden, erhalten die SpenderInnen Ihr Geld zurück."

Die Nutzung dieser Plattform ist für ProjektinitiatorInnen und UnterstützerInnen kostenfrei. Die über die Plattform akquirierten Gelder gehen ohne Abzüge an die Projekte.

Da diese Plattform noch sehr neu ist, hat die Pax-Bank einen besonderen Anreiz geschaffen: Sie bezuschusst gemeinnützige Projekte in der

Finanzierungsphase gegen Spendenquittung durch zusätzliche Spendengelder: Für jede/n UnterstützerIn, die/der einen Betrag von 10 € oder mehr beisteuert, spendet die Bank einmalig 5 €. Und das so lange, bis der mit 5.000 € gefüllte Spendentopf leer ist. (Derzeit ist erst das erste Drittel dieser zusätzlichen Förderung ausgeschöpft.)

Schauen Sie doch einfach mal auf der Crowdfunding-Plattform der Pax-Bank vorbei: [www.wo2oder3.de](http://www.wo2oder3.de). Natürlich gibt es weitere Crowdfunding Plattformen, doch erheben diese oft Transaktionsgebühren o.ä. Ähnlich der Plattform der Pax-Bank gibt es noch die Plattform der Volks- und Raiffeisenbanken unter

[www.viele-schaffe-mehr.de/](http://www.viele-schaffe-mehr.de/).

Weitere Portale finden Sie unter: [www.crowdfunding.de/plattformen](http://www.crowdfunding.de/plattformen).



Karneval ist tierisch gut! Z.B. im Don Bosco-Club, Köln

## Monetarisierung Ehrenamt

### Selbstbestimmung und Uneigennützigkeit fördern

Da die Entschädigung des Einsatzes an Zeit und Kompetenz ehrenamtlich Engagierter mittlerweile beachtenswerte Ausmaße angenommen hat - mittlerweile erhält nahezu jeder 4. Engagierte eine Vergütung - hat sich u.a. auch das **Zentralkomitee der deutschen Katholiken** in seinem Fachorgan **Salzkörner** mit der christlichen Sicht von "bezahlter Uneigennützigkeit" beschäftigt. So schreibt Dr. med. **Johannes Warmbrunn**, Sprecher des Diözesanrats Rottenburg-Stuttgart, Leiter des Referats Arbeit und Gesundheit im Sozialministerium Baden-Württemberg:

"Bestimmte Engagementformen haben diese Tendenzen weiter verstärkt, zum Beispiel nach dem seit 1964 gesetzlich geregelten Freiwilligen Sozialen Jahr der 2011 hinzugekommene Bundesfreiwilligendienst, bei denen ein Engagement im Rahmen einer definierten zeitlichen Verpflichtung erwartet wird und im Gegenzug Bildungsangebote und Aufwandsentschädigungen offeriert werden. In einzelnen Förderverfahren nach Regelungen im Sozialgesetzbuch (SGB) werden Aufwandsentschädigungen an Ehrenamtliche ausdrücklich ermöglicht.

Träger dieser (bezahlten) Angebote argumentieren, Engagierte könnten sonst für derlei anspruchsvolle Engagementformen nicht in ausreichender Zahl gewonnen werden; zusätzlich belegten Studien, dass auch immer mehr Engagierte auf Geldleistungen angewiesen seien. In Gegenpositionen wird befürchtet, dass ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement in einigen Bereichen zunehmend in schlecht bezahlte und sozial nicht adäquat abgesicherte Arbeitsverhältnisse konvertiere und zudem Engagierte, die Monetarisierungstendenzen aus grundsätzlichen Erwägungen ablehnen, demotiviert werden könnten.

Dabei wird ein steigender Bedarf an verbindlichen und verlässlichen Engagementformen geradezu exemplarisch deutlich angesichts der steigenden Anzahl an Demenzkranken, bei denen ein hoher Aufwand an Betreuung geleistet werden muss. Da sich gesellschaftlich nicht einmal im Entferntesten eine dem steigenden Bedarf an gut bezahltem Fachpersonal entsprechende Lösung abzeichnet, ist ein erstrebenswertes Ziel der sogenannte 'Welfare-Mix', ein Zusammenwirken von Fachkräften und Engagierten.

Aus christlicher Perspektive kann es hilfreich sein, die Monetarisierung im Ehrenamt und bürgerschaftlichen Engagement an den drei wichtigen Eckpfeilern der Soziallehre - Personalität, Solidarität, Subsidiarität - zu messen, wobei hier nur einige Aspekte betrachtet werden können.

- Engagierte und die Menschen, denen Engagement zugutekommt, sind als Ebenbilder Gottes aufgerufen, in lebendiger Gemeinschaft ihrer von Gott geschenkten Würde gerecht zu werden. Engagement stiftet Beziehung zwischen denen, die einen notwendigen Bedarf an Engagementleistungen haben, und denen, die so ihre Berufungen und Begabungen leben können.
- Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement ist zutiefst solidarisch. Da es weder realisierbar noch wünschenswert ist, kommunika-tions- und zeitintensiver Zuwendung gegenseitige Rechtsansprüche zugrunde zu legen, ist freiwilliges und selbstbestimmtes Engagement eine unverzichtbare Ergänzung verbindlich und rechtlich verpflichtend erbrachter Leistungen, die ihrerseits die Voraussetzung für das Engagement bilden, eben im Sinne des "Welfare-Mix". Geliebte Solidarität der bürgerschaftlich Engagierten besteht daher auch darin, für die Wahrung und Verbesserung gesellschaftlich abgesicherter und fair finanzierter Sozialleistungen einzutreten.

- Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement entspricht nicht zuletzt geradezu paradigmatisch den Grundsätzen der Subsidiarität. Engagierte handeln aus ihrem Selbstverständnis heraus selbstbestimmt und aus Verantwortung für ihr Gemeinwesen, egal ob sie einzeln oder in Organisationen tätig werden.

Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement wirkt somit im ganzheitlichen Sinn auf verschiedenen Ebenen. Berührt sind persönlich gestaltete, zwischenmenschliche Beziehungen, die institutionellen Ebenen der Verbände, Körperschaften und Unternehmen und darüber hinaus die staatlichen Ebenen in ihren unterschiedlichen Ausprägungen. Dementsprechend multidimensional müssen auch Bewertungssysteme gestaltet werden, die unter Berücksichtigung der motivationalen Vielfalt und der vernetzten Beziehungen in verschiedenen Dimensionen zu Transparenz und Klarheit beitragen.

Auf der personalen Ebene der Beziehung zwischen den einzelnen Engagierten und den Nutznießern des Engagements, aber auch mit Blick auf institutionelle, verbandliche und körperschaftliche Systeme halte ich es für ratsam, die Unterscheidung zwischen unentgeltlichen und monetarisierten Formen des Engagements klarer zu erfassen. Ich habe hierzu einen Vorschlag erarbeitet, der in einer "Engagementmatrix" in unübersichtlichen Konstellationen verschiedene Aspekte des Arrangements berücksichtigt und zwischen einem "bürgerschaftlich" und einem "ökonomisch" motivierten Pol unterscheidet. Dabei ist zu bedenken, dass Engagierte, die eine Aufwandsentschädigung für ihren Einsatz erhalten, sich vielfach durchaus selbst als 'Ehrenamtliche' begreifen. Ihre Vergütung sehen sie nicht als 'Lohn', sondern als Teil der Anerkennung, dem sie eine höhere Bedeutung zumessen als anderen gängigen Formen, wie zum Beispiel öffentliche Würdigungen oder festgelegten geldwerten Vorteilen. Das ist aus meiner Sicht zu respektieren.

Auf Bundes- und Landesebene sollten mit Blick auf historische und gesellschaftliche Entwicklungen Begriffsklärungen vorgebracht werden, die insbesondere auf Kontexte und Zielsetzungen öffentlicher Förderstrukturen fokussieren. Das Sozialministerium Baden-Württemberg hat zu diesem Thema eine Studie vorgelegt, in der das Ausmaß der Monetarisierung, Formen, Funktionen und Bedeutung der materiellen Tauschwerte direkter Geldzahlungen unter verschiedenen Perspektiven sowie die mit der Monetarisierung verbundenen Risiken thematisiert werden. In ihren Schlussfolgerungen schlagen die Autoren die Bildung von sechs Kategorien vor, die eine differenzierte Klärung der mit Geldzahlungen einhergehenden Auswirkungen herbeiführen sollen.

Eine Verbesserung der Transparenz kann helfen, bisher bestehende Fördersysteme für das Engagement konsequent weiter zu entwickeln. Bund, Länder und Kommunen sollten keineswegs systematisch Monetarisierungstendenzen fördern, sondern sich verstärkt auf Netzwerkstrukturen konzentrieren, die den Engagierten und ihren freiwilligen, selbstbestimmten und uneigennützigen Gemeinschaftsformen dienen, indem sie ihnen fachliche Beratung und institutionelle Unterstützung bereitstellen sowie deren Weiterentwicklung moderieren.

Auf der persönlichen Beziehungsebene halte ich nach kritischer Abwägung in begründeten Fällen Geldzuwendungen für vertretbar. Eine Beteiligung der vom Engagement Begünstigten ihrer Lebenssituation entsprechend halte ich für sinnvoll. Gleichwohl ist es Aufgabe der Verantwortlichen in den Kirchen, Verbänden, Institutionen und Kostenträgern, prioritär Freiwilligkeit, Selbstbestimmung und Uneigennützigkeit zu fördern und die faktisch bereits zu Arbeitsverhältnissen mutierten Arrangements in faire, tariflich gebundene Stellen umzuwandeln sowie einer systematischen Konversion ganzer Engagementbereiche in einen Niedriglohnsektor entgegenzuwirken."

*Salzkörner, 18.9.2013*

## EU-weites Treffen

### Erste Konferenz von InterCity Youth



Vom 2.- 4.11.2015 fand in Göteborg die erste Konferenz von **InterCity Youth** statt, dem neu gegründeten europäischen Netzwerk für kommunale Jugendbehörden. Mit dabei waren TeilnehmerInnen aus 18 europäischen Ländern. Die Veranstaltung war eine Kooperation zwischen **KEKS**, dem schwedischen Netzwerk für kommunale Jugendbehörden sowie **JUGEND für Europa** und der schwedischen Nationalen Agentur des europäischen Programms Erasmus+ **JUGEND IN AKTION**.

Trotz der Tatsache, dass Jugendarbeit in den verschiedenen Ländern sehr unterschiedlich aufgestellt und in den verschiedensten Formen und Methoden daherkommt, so gibt es doch mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede. In vielen Ländern sind Ausgangsbedingungen, Themen, Zielgruppen und die damit verbundenen Herausforderungen ähnlich. Vor allem aber eint die Jugendarbeit (nicht nur) in Europa eines: die Unterstützung junger Menschen in ihrer persönlichen und sozialen Entwicklung.

Vor diesem Hintergrund standen folgende Themen auf der Konferenz im Mittelpunkt:

- Qualitätsentwicklung in der Jugendarbeit – Sichtbarmachung und Weiterentwicklung der Ergebnisse und Effekte von Jugendarbeit;
- (Nicht-formales) Lernen in der Jugendarbeit;
- Soziale Inklusion – Strategien zur Erreichung schwieriger Zielgruppen;
- Integration und Toleranz – Jugendarbeit und die Arbeit gegen radikalen Extremismus.

Zusätzlich zu diesen Themen stellten dann ReferentInnen aus den verschiedenen europäischen Ländern in Workshops spezielle Themen von Jugendarbeit aus ihren Ländern dar: Das Netzwerk **European Youth Capitals** gab einen Einblick in die Schwerpunkte der einzelnen Städte, die das jeweilige Europäische Jugendhauptstadtjahr veranstaltet haben. Die Städte München, Helsinki und Thessaloniki gestalteten einen Workshop zusammen und ermöglichten einen vergleichenden Überblick ihrer Strategien und Strukturen von Jugendarbeit. Aus Deutschland wurde das Modellprojekt "Kommune goes international" vorgestellt und gemeinsam über Ansätze diskutiert, internationale Jugendarbeit in kommunale Jugendarbeitsstrategien zu integrieren. Und schließlich gab es noch zwei Workshops zur Frage der Stärkung und Einbeziehung von jungen MigrantInnen und zur Arbeit mit LGBT-Jugendlichen (lesbian, gay, bisexual und transgender).

Ziel der Tagung war es u.a., relevante Themen für die weitere Zusammenarbeit im Netzwerk InterCity Youth zu identifizieren und die Realisierung möglicher gemeinsamer transnationaler Projekte auf den Weg zu bringen.

Interessant war, dass es auf der europäischen Konferenz zu einem regen Austausch der deutschen StädtevertreterInnen kam, der auf nationaler Ebene nur allzu selten vorkommt. So kam zwischen den Vertretern Münchens und Kölns die Idee eines regelmäßigen Städteausstauschs in Fragen der Jugendarbeit auf.

Die nächste Konferenz des InterCity Youth Netzwerks findet voraussichtlich im Herbst 2016 in Mailand statt.

Mehr Informationen zur Konferenz gibt es unter [www.intercityyouth.eu](http://www.intercityyouth.eu).

JUGEND IN AKTION 18.11.2015

## Bedeutungsverlust

### Niedrigster Wert seit Inkrafttreten des KJHG

Die neuen Zahlen des **Statistischen Bundesamtes** belegen, dass der Anteil der Aufwendungen für die Kinder- und Jugendarbeit an den Gesamtausgaben der Kinder- und Jugendhilfe mit gerade einmal 4,52% den niedrigsten Wert seit Inkrafttreten des Kinder- und Jugendhilfegesetzes erreicht hat. Das **Deutsche Kinderhilfswerk** bezeichnet das als "mehr als bedenklich".

Dem Ausgabenanstieg für die Kinder- und Jugendhilfe insgesamt um knapp 2,3 Milliarden € steht für den Bereich der Kinder- und Jugendarbeit nur ein leichter Anstieg der Ausgaben um rund 15,6 Millionen € entgegen. Angesichts der wachsenden Herausforderungen für die Kinder- und Jugendarbeit sei diese Entwicklung mehr als bedenklich.

"Die leicht gestiegenen Ausgaben für die Kinder- und Jugendarbeit in Deutschland gleichen so gerade einmal die Inflationsrate aus. Für die Kinder- und Jugendarbeit stehen derzeit nur rund 10 € monatlich pro Kind zur Verfügung. Das ist viel zu wenig", kritisiert **Holger Hofmann**, Bundesgeschäftsführer des Deutschen Kinderhilfswerkes. "Durch diese chronische Unterfinanzierung müssen immer wieder Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen ihre Arbeit einstellen. Das ist insbesondere angesichts der rund drei Millionen Kinder und Jugendlichen, die in unserem Land von Armut betroffen sind, ein großes Problem. Denn diese Kinder leiden aufgrund ihrer oftmals erhöhten Förderbedarfe besonders unter einer schlechten finanziellen Ausstattung der Kinder- und Jugendarbeit. Armut stellt für Kinder ein bedrohliches Entwicklungsrisiko dar" so Hofmann weiter.

Es sei deshalb erforderlich, dass alle Beteiligten der Kinder- und Jugendarbeit eine besondere Empathie für diese Gruppe entwickeln. Das sei jedoch nur möglich, wenn entsprechende Personal- und Ausstattungsressourcen vorhanden sind – in Jugendzentren, Verbänden, Zirkusprojekten und Zeltlagern, auf dem Abenteuerspielplatz, auf der Straße, an Szenetreffpunkten oder im Spielmobil.

Kinder- und Jugendarbeit ist eine wichtige Ergänzung zum leistungsbezogenen Lernen in der Schule. Denn hier können Kinder und Jugendliche eigene Akzente setzen, sich neue soziale Beziehungen erschließen, selbst Strukturen gestalten und eigenen, individuellen Vorlieben und Kompetenzen nachgehen, die oftmals im Schulkontext nicht zum Tragen kommen. Zudem entwickeln sie dort gesellschaftlich bedeutsame Schlüsselqualifikationen. Und: Kinder- und Jugendliche brauchen offene, freie Räume zur Entfaltung eigenständigen Engagements, um eine aktive partizipationsorientierte Rolle in der Gesellschaft zu entwickeln.



Das Deutsche Kinderhilfswerk unterstützt Projekte, Einrichtungen und Initiativen der Kinder- und Jugendarbeit, die die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zum Grundsatz ihrer Arbeit gemacht haben. Dabei geht es vor allem um Beteiligung in Bereichen demokratischer Partizipation oder kinder- und jugendfreundlicher Veränderungen in Stadt und Dorf, auf Schulhöfen, im Kita-Außengelände oder bei Spielplätzen. Die Schaffung sinnvoller Freizeitangebote und Möglichkeiten zur Entwicklung einer kulturellen Identität und Medienkompetenz sind ebenso Förderschwerpunkt. Mit diesem finanziellen Engagement ermöglicht das Deutsche Kinderhilfswerk Maßnahmen und Projekte, die von der öffentlichen Förderung nicht unterstützt werden.

Das Deutsche Kinderhilfswerk unterstützt Projekte, Einrichtungen und Initiativen der Kinder- und Jugendarbeit, die die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zum Grundsatz ihrer Arbeit gemacht haben. Dabei geht es vor allem um Beteiligung in Bereichen demokratischer Partizipation oder kinder- und jugendfreundlicher Veränderungen in Stadt und Dorf, auf Schulhöfen, im Kita-Außengelände oder bei Spielplätzen. Die Schaffung sinnvoller Freizeitangebote und Möglichkeiten zur Entwicklung einer kulturellen Identität und Medienkompetenz sind ebenso Förderschwerpunkt. Mit diesem finanziellen Engagement ermöglicht das Deutsche Kinderhilfswerk Maßnahmen und Projekte, die von der öffentlichen Förderung nicht unterstützt werden.

Deutsches Kinderhilfswerk vom 15.1.2015.

## Gemeinsam gegen Hassbotschaften

### Task Force stellt Ergebnisse vor

Gemeinsam mit Vertretern von Facebook, Google und zivilgesellschaftlichen Organisationen stellte Bundesminister **Heiko Maas** Mitte Dezember 2015 die ersten Ergebnisse der Task Force "Umgang mit rechtswidrigen Hassbotschaften im Internet" vor. Vereinbart wurden konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung von Hassinhalten im Internet.

In den vergangenen Monaten war anhand zahlreicher Vorkommnisse eine zunehmende Verrohung der öffentlichen Debatte hin zu fremdenfeindlichen und rassistischen Hassbotschaften zu beobachten. Die Verbreitung von Hassbotschaften über das Internet hat Bundesminister Heiko Maas veranlasst, mit Facebook im September die Bildung einer Task Force von Internetanbietern und zivilgesellschaftlichen Organisationen zu vereinbaren. Auftrag war es, unter Leitung des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz gemeinsam Vorschläge für den nachhaltigen und effektiven Umgang mit Hassbotschaften im Internet und den Ausbau bestehender Kooperationen zu erarbeiten.

Das nun vorliegende Ergebnispapier gibt das gemeinsame Grundverständnis der Task Force-Mitglieder wieder und enthält konkrete Empfehlungen, wie der Verbreitung von Hassbotschaften im Internet unter voller Wahrung der Grundrechte, insbesondere der Meinungsfreiheit, entgegengewirkt werden kann.

- Die in der Task Force vertretenen Unternehmen verfügen über Nutzungsbedingungen, in denen erläutert wird, unter welchen Voraussetzungen Nutzerdaten an die Strafverfolgungsbehörden weitergegeben werden können.
- Die in der Task Force vertretenen Unternehmen fördern das breit angelegte Melden und "Flaggen" von Inhalten, insbesondere über Partnerschaften mit NGOs, indem sie die jeweiligen Unternehmensrichtlinien, den Meldeprozess und beschwerdefähige Inhalte verdeutlichen.
- Die in der Task Force vertretenen Unternehmen stellen Transparenz sicher, indem sie der Öffentlichkeit darüber berichten, wie sie ihre Nutzungsbedingungen hinsichtlich der Entfernung gemeldeter Inhalte umsetzen.
- Die in der Task Force vertretenen Unternehmen stellen sicher, dass ihre MitarbeiterInnen angemessen geschult werden.
- Die in der Task Force vertretenen Unternehmen und Organisationen werden ihre Zusammenarbeit u.a. durch folgende Maßnahmen intensivieren: verstärkter Informationsaustausch, regelmäßige MitarbeiterInnenschulungen, gemeinsame Erarbeitung von Informationsmaterialien.
- Die in der Task Force vertretenen Unternehmen wollen auch weiterhin die Tätigkeit der NGOs fördern, insbesondere indem sie Anzeigevolumina auf ihren Plattformen zur Verfügung stellen.
- Alle Beteiligten erkennen den Wert der Gegenrede zu hasserfüllter Rhetorik an und identifizieren und fördern daher wirksame Gegen-Narrative und unterstützen Bildungsprogramme, die das kritische Denken fördern.

Das gesamte Ergebnispapier der Task Force ist downloadbar: <http://tinyurl.com/hfvpd5b>

[klicksafe.de](http://klicksafe.de), 27.1.2016

### Gemeinsam gegen Hassbotschaften

#### Drei wichtige Maßnahmen:



#### Anwenderfreundliche Melde-Tools

Den Nutzerinnen und Nutzern sozialer Plattformen werden in Zukunft Möglichkeiten zum einfachen Melden von Hassbotschaften zur Verfügung gestellt.



#### Es gilt deutsches Recht

Zukünftig liegen bei der Überprüfung von Hassbotschaften nicht nur die Community-Guidelines einer sozialen Plattform zugrunde, sondern auch das deutsche Recht.



#### Nach 24 Stunden soll gelöscht werden

Rechtswidrige Inhalte werden unverzüglich nach Inkenntnissetzung entfernt. Die Mehrzahl der gemeldeten Inhalte wird in weniger als 24 Stunden geprüft und falls erforderlich gelöscht.

© Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Alle Infos: [bmjv.de/nohatespeech](http://bmjv.de/nohatespeech)

Einige Schritte, zu denen sich die Unternehmen für die Zukunft verpflichtet haben, sind etwa:

- Die in der Task Force vertretenen Unternehmen stellen anwenderfreundliche Mechanismen zur Übermittlung von Beschwerden zur Verfügung.
- Die in der Task Force vertretenen Unternehmen überprüfen konkrete Meldungen über hasserfüllte Inhalte und Aufstachelung zu Gewalt insbesondere auch auf Grundlage des deutschen Rechts.
- Nach Erhalt einer Beschwerde lassen die in der Task Force vertretenen Unternehmen die Beschwerden durch darauf spezialisierte Teams zügig prüfen. Soweit erforderlich setzen die Unternehmen hierfür auch deutschsprachige Experten ein.
- Rechtswidrige Inhalte werden unverzüglich nach Inkenntnissetzung entfernt; die Mehrzahl der gemeldeten Inhalte wird in weniger als 24 Stunden geprüft und, falls erforderlich, entfernt.

## Wahlbeteiligung dauerhaft erhöhen

### Neue Studie "Wählen ab 16"

Seit vielen Jahren sinkt die Wahlbeteiligung stetig, bei Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen. Das schadet der Demokratie, weil Wahlen immer weniger repräsentativ sind und eine immer größere soziale Spaltung aufweisen. Die Absenkung des Wahlalters könnte diesen Trend langfristig stoppen.

Je früher und je häufiger Erst- und Jungwähler ihre Stimme abgeben, desto höher ist langfristig das Niveau der allgemeinen Wahlbeteiligung. Durch das Wahlrecht ab 16 kann es langfristig gelingen, die Wahlbeteiligung von 72% (Bundestagswahl 2013) auf bis zu 80% (2049) zu steigern. Das geht aus der Studie "Wählen ab 16" der **Bertelsmann Stiftung** hervor. Sie prognostiziert in drei Szenarien die zukünftige Höhe der Wahlbeteiligung auf Bundesebene – mit und ohne 16-jährige ErstwählerInnen.

Die Absenkung des Wahlalters ist jedoch kein Selbstläufer. Das Beispiel Österreich und die drei deutschen Bundesländer Hamburg, Brandenburg und Bremen zeigen: Nur mit gezielten Maßnahmen zur Mobilisierung der ErstwählerInnen wird Wählen ab 16 ein Erfolg. Besonders gefragt sind dabei Bildungsmaßnahmen an Schulen, denn sie erreichen gut 90% aller 16- bis 17-Jährigen in Deutschland. Eine im Rahmen der Studie vom Institut für Demoskopie Allensbach durchgeführte repräsentative Umfrage zeigt, dass die Deutschen solchen Aktivierungsmaßnahmen in Schulen positiv gegenüber stehen.

Zur Studie <http://tinyurl.com/gu9dfao>

[Bertelsmann Stiftung](http://BertelsmannStiftung.de), 7.12.2015

## AGJ fordert

### Kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung zu stärken

Die **Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe** – AGJ hält Kinder- und Jugendbeteiligung für zentral und fordert mit ihrem vom Vorstand am 3./4.12.2015 verabschiedeten Positionspapier eine Stärkung auf kommunaler Ebene. Anhand der in dem Papier aufgeführten Beteiligungsrechte und -standards sowie Interessen und Themen junger Menschen, lassen sich diverse Beteiligungsformate aufzeigen, die auf die jeweiligen kommunalen Gegebenheiten Anwendung finden können. Konkret fordert die AGJ:

- "politische Entscheidungsträger in den Städten, Gemeinden und Landkreisen auf, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen anzuregen und im Zusammenwirken mit den Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe zu fördern. Dazu gehört auch, die bestehenden gesetzlichen Beteiligungsformen aktiv umzusetzen und zu fördern. Beteiligung verlangt die Anerkennung der Zugehörigkeit von Kindern und Jugendlichen, ihren Organisationen und Einrichtungen zu ihrer Gemeinde, ihrem Stadtteil oder ihrer Stadt. Eine Politik mit Kindern und Jugendlichen setzt auf ihre Stimme, nutzt ihr Expertenwissen und fördert ihre Aktivitäten. Die praktische Umsetzung dieses Beteiligungssettings sollte eine möglichst große Bandbreite besitzen und alle Varianten bis hin zur Mit-Entscheidung beinhalten.
- Verwaltungsstrukturen transparenter zu gestalten und Partizipationsprozesse von Ressort- und Verfahrensgrenzen loszulösen, um kommunale Planungs- und Beteiligungsprozesse, welche die Rechte und Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, kinder- und jugendgerecht umsetzen zu können.
- ausreichend Zeit und Geld für Beteiligungsprozesse. Alle bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass Beteiligung nicht sofort und nicht zum Nulltarif zu haben ist. Zusätzliche Mittel zur Verbesserung der Beteiligung sollten aus dem Etat der Kommunalparlamente bereitgestellt werden, um zu dokumentieren, dass die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen nicht nur eine Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe, sondern eine Verantwortung der politischen Akteure in den Städten und Gemeinden darstellt. Partizipation von Kindern und Jugendlichen sollte aber auch verbindlich in den Landesausführungsgesetzen und Verwaltungsvorschriften der Länder aufgenommen werden.
- eine von Ländern und Kommunen auskömmlich finanzierte vielfältige Kinder- und Jugendarbeit. Denn Kinder- und Jugendarbeit ist in ihren vielseitigen Formen eine unverzichtbare Voraussetzung für eine gute kommunale Beteiligungskultur.
- eine regelhafte kommunale Infrastruktur für Partizipationsprozesse, die Kindern und Jugendlichen jederzeit Beteiligung ermöglicht und sie dabei fördert und unterstützt. Projekte alleine, die von Zeit zu Zeit stattfinden, sind kein wirksamer Weg, um eine konstante und konstruktive Beteiligungskultur junger Menschen zu etablieren. Diese Infrastruktur sollte auf den bestehenden Strukturen der Interessenvertretung junger Menschen aufgebaut und Doppelstrukturen vermieden werden.
- Beteiligungsprozesse altersgerecht und zielgruppenbezogen auszugestalten. Erprobte und erfolgreiche Verfahren der Kinder- und Jugendarbeit und -bildung zur Beteiligung, insbesondere in Zusammenarbeit mit den Schulen vor Ort, müssen allen Kommunen zugänglich gemacht werden und, entsprechend der örtlichen Situation, im Zusammenwirken zwischen Politik, Verwaltung und Kinder- und Jugendhilfe gestaltet werden. Die Möglichkeit des Erlebens und Mitgestaltens von Demokratie im unmittelbaren Umfeld der jungen Menschen darf keine Frage des Alters, sondern muss vielmehr eine des Interesses sein. Die Lebensweltorientierung als

wichtiges Merkmal von Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe und insbesondere der Kinder und Jugendarbeit muss für die Umsetzung dieser Maxime daher von zentraler Bedeutung sein.

- Expertinnen und Experten für Kinder- und Jugendbeteiligung zur Unterstützung heranzuziehen. Die Motivation, Begleitung, Moderation und Evaluation muss Kern professionellen pädagogischen Handelns im Sinne von Kinder- und Jugendbeteiligung sein. Ein Verständnis von Meinungs- und Entscheidungsfindung in der Demokratie insbesondere auf kommunaler Ebene sowie die Fähigkeit, dieses Wissen zu vermitteln sind grundlegend.
- die Qualifizierung von Fachkräften zu Zielen und Methoden der Kinder- und Jugendbeteiligung im Rahmen der Ausbildung und des Studiums zu intensivieren und entsprechende zeitgemäße Fortbildungsangebote auf Landesebene zu entwickeln und anzubieten.
- für kommunale Beteiligungsverfahren ein Monitoring durch die Kinder- und Jugendhilfe und eine öffentliche Darstellung und Bewertung durch Kinder und Jugendliche. Nur so kann ständige Verbesserung gelingen.
- die bundeseinheitliche Absenkung des Wahlrechts für Kommunalwahlen auf mindestens 16 Jahre. Nur so können mehr junge Menschen an formalen politischen Entscheidungen beteiligt werden und die Parteien und politischen Vereinigungen vor Ort endlich wirksam aufgefordert werden, verstärkt für diese Altersgruppe politisch aktiv zu werden und diese zu repräsentieren. Es ist nicht mehr nachvollziehbar für junge Menschen, warum sie als Parteimitglieder an Abstimmungen über Koalitionsverträge und Spitzenkandidaten teilnehmen dürfen, aber nicht an formalen Wahlen. Insbesondere auf kommunaler Ebene kann das Herabsetzen des Mindestalters für das aktive Wahlrecht zu einem höheren Interesse für kommunale Angelegenheiten führen."

Das 12-seitige Positionspapier findet man im Internet unter <http://tinyurl.com/hfbstc5>

AGJ, 3./4..12.15

## Recht auf sicheres Aufwachsen

### Evaluation des Bundeskinderschutzgesetzes

Das **Bundeskabinett** hat Mitte Dezember letzten Jahres den Bericht zur Evaluation des Bundeskinderschutzgesetzes beschlossen. Insgesamt zeigt die Evaluierung, dass seit Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar 2012 viel für den Schutz von Kindern erreicht wurde. Gleichzeitig wird deutlich, dass weitere Verbesserungen im Kinderschutz notwendig sind.

"Jedes Kind hat ein Recht darauf, gut und sicher aufzuwachsen. Leider sieht die Realität auch in Deutschland manchmal anders aus", sagt Bundesjugendministerin **Manuela Schwesig**. "Das Bundeskinderschutzgesetz war ein sehr wichtiger Schritt für die Verbesserung des Kinderschutzes in Deutschland. Durch das Gesetz wurden die Rechte von Kindern und Jugendlichen insgesamt gestärkt."

Folgende Evaluationsergebnisse zeigen, dass der Kinderschutz in Deutschland grundsätzlich wirksam und verlässlich ist:

- Die Vernetzung der wichtigen Akteure im Kinderschutz funktioniert gut.
- Hausbesuche werden flächendeckend zur Einschätzung von Gefährdungslagen durchgeführt.
- Jugendämter informieren sich gegenseitig verstärkt über Hinweise zu Kindeswohlgefährdungen.

- Aufgrund von einschlägigen Eintragungen im Führungszeugnis werden schätzungsweise jährlich ca. 100 Personen von Tätigkeiten in der Kinder- und Jugendhilfe ausgeschlossen.
- Eltern, schwangere Frauen und werdende Väter werden verstärkt über Hilfs- und Beratungsangebote informiert.
- Werdende und junge Eltern werden von den Angeboten der Frühen Hilfen erreicht - z.B. durch den Einsatz von Familienhebammen oder durch Elternbegleiter.

"Mit den Angeboten der Frühen Hilfen finden Familien, die sich in schwierigen Lebenslagen befinden und sich im Alltag überfordert fühlen, einfach Hilfe. Deshalb werden wir die Kommunen in Zukunft dauerhaft mit 51 Millionen Euro jährlich finanziell unterstützen. Kinderschutz darf nicht von der Kassenlage der Kommunen abhängen", so die Ministerin.

Das Bundesfamilienministerium stärkt mit der "Bundesinitiative Netzwerke Frühe Hilfen" seit 2012 den Auf- und Ausbau von Netzwerken Früher Hilfen und den Einsatz von Familienhebammen. Hierfür stellte der Bund im Jahr 2012 30 Millionen €, im Jahr 2013 45 Millionen Euro und in den Jahren 2014 und 2015 jeweils 51 Millionen € zur Verfügung. Ab 2016 werden die Frühen Hilfen dauerhaft in Höhe von 51 Millionen € jährlich durch einen Fonds gefördert.

"Die Evaluationsergebnisse zeigen aber auch, dass an einigen Stellen nachgebessert werden muss. Das Gesetz hat wesentliche Schwachstellen im Kinderschutz beseitigt, für einen umfassenden Kinderschutz gibt es aber noch viel zu tun", erklärt Manuela Schwesig.

Verbesserungsbedarf besteht an folgenden Stellen:

- Die Befugnisnorm, die es Berufsheimlichkeitsgeheimnisträgern erlaubt, das Jugendamt unter bestimmten Bedingungen über Gefährdungen des Wohls eines Kindes zu informieren, müssen verständlicher formuliert werden. Damit zum Beispiel Ärztinnen und Ärzte sie besser anwenden können.
- Ärztinnen und Ärzte, die dem Jugendamt in Verdachtsfällen Daten übermitteln, wollen auch ein "Feedback", wie es mit dem Kind weitergeht. Das soll ermöglicht werden.
- Beteiligungs- und Beschwerdemöglichkeiten für Kinder und Jugendliche müssen weiter gestärkt werden. Daher soll geprüft werden, in welcher Form externe und unabhängige Stellen - Ombudsstellen - geschaffen werden können.
- Es reicht nicht aus, nur die Jugendämter und ihre Einrichtungen, zur Qualitätsentwicklung zu verpflichten - auch die freien Träger werden daher in diese Aufgabe mit eingebunden.
- Pflegekinder und ihre Familien müssen gestärkt werden. Vor allem bei Dauerpflegeverhältnissen gilt es zu prüfen, wie in den gesetzlichen Regelungen mehr Stabilität der Familiensituation sichergestellt werden kann.
- Jugendämtern und Trägern sollte die Dokumentation der Einsichtnahme in das erweiterte Führungszeugnis ermöglicht werden, um die Handhabung in der Praxis zu erleichtern.
- Die Kooperation zwischen der Kinder- und Jugendhilfe und dem Gesundheitswesen sollte weiter verbessert werden.

Das Bundeskinderschutzgesetz geht von einem weiten Verständnis von Kinderschutz aus. Notwendige Verbesserungen können sich daher nicht nur auf punktuelle Veränderungen beschränken. Es geht darum, Kinder und Jugendliche insgesamt zu stärken und den Blick auf die Kinder- und Jugendhilfe zu richten.

Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig kündigt an: "Ich werde mit einer Gesamtreform der Kinder- und Jugendhilfe das Kind und seine Bedürfnisse noch stärker in den Fokus rücken."

Bundesjugendministerin Schwesig wird 2016 das Gesetzesvorhaben zur Gesamtreform der Kinder- und Jugendhilfe auf den Weg bringen. Ziel ist es, die Kinder- und Jugendhilfe zu einem inklusiven, effizienten und dauerhaft tragfähigen und belastbaren Leistungssystem weiterzuentwickeln, das Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung unter einem Dach zusammenführt.

Weitere Informationen und den Bericht über die Evaluation des Bundeskinderschutzgesetzes finden Sie unter [www.bmfsfj.de](http://www.bmfsfj.de)

BMFSFJ, 16.12.2015

## E-Zigaretten und E-Shishas

### Klare Regeln im Jugendschutz

Der Bundestag hat Ende Januar 2016 das vom **Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** vorgelegte Gesetz zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor den Gefahren des Konsums von elektronischen Zigaretten und elektronischen Shishas beschlossen. Anfang dieser Woche hatte bereits der zuständige Jugendausschuss dem Abgabe- und Konsumverbot mit großer Mehrheit zugestimmt.

"Auch nikotinfreie E-Zigaretten und E-Shishas schaden der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Selbst wenn sie nach Schokolade oder Himbeere schmecken, sind sie nicht harmlos und senken zudem die Reizschwelle, auf normale Zigaretten umzusteigen", so die Parlamentarische Staatssekretärin im BMFSFJ, **Caren Marks**.

Das Gesetz dehnt die Abgabe- und Konsumverbote des Jugendschutzgesetzes und des Jugendarbeitsschutzgesetzes für Tabakwaren auf E-Zigaretten und E-Shishas aus. Zudem wird sichergestellt, dass die Abgabeverbote von Tabakwaren, E-Zigaretten und E-Shishas an Kinder und Jugendliche auch im Wege des Versandhandels gelten.

"Es ist jugendpolitisch der richtige Weg und noch dazu notwendig, das zu verbieten, was die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen wirklich gefährdet. Wir brauchen klare Regeln im Jugendschutz, die gut begründet sind und konsequent durchgesetzt werden. Mit dem Abgabeverbot für E-Zigaretten und E-Shishas an Kinder und Jugendliche schließen wir eine Regelungslücke", so Caren Marks weiter.

Es gibt nikotinhaltige und nikotinfreie Lösungen. Die Produkte haben oftmals den Ruf als gesündere Alternative zum Tabakrauchen und wirken aufgrund von Geschmacksrichtungen wie Schokolade und diversen Fruchtarten als harmlos und auf Kinder und Jugendliche attraktiv.

Mit den elektronischen Inhalationsprodukten werden Flüssigkeiten, sogenannte Liquids, verdampft und der dabei entstehende Nebel inhaliert. Aromastoffe verleihen dem Dampf den jeweiligen Geschmack.

Harmlos sind E-Zigaretten und E-Shishas jedoch nicht. Nachdem die gesundheitlichen Risiken des Suchtstoffs und Nervengifts Nikotin, wie physische Abhängigkeit und Herz-Kreislauferkrankungen, seit längerem bekannt sind, haben Studien des Bundesinstituts für Risikobewertung und des Deutschen Krebsforschungszentrums Aufschluss auch die gesundheitlichen Risiken des Konsums von nikotinfreien E-Shishas und E-Zigaretten belegt. Darüber hinaus kann der vermeintlich harmlose anfängliche Gebrauch von nikotinfreien E-Zigaretten dazu verleiten, neue Reize zu suchen und auf nikotinhaltige elektronische Zigaretten oder herkömmliche Zigaretten umzusteigen.

BMFSFJ, 29.1.2016

## Einmalig in Köln: WORK4YOU

### Don-Bosco-Club startet neues Projekt

Tom ist 17 und lebt in Köln-Mülheim. Er hat keine eigene Wohnung und übernachtet oft bei seinem Freund Paul. Wenn er keine Schlafmöglichkeit findet, auch schon mal draußen. Nach mehreren Schulwechsellern ist Schule für ihn kein Thema mehr. Er geht einfach nicht mehr hin. Mit seinen Eltern hat er den Kontakt abgebrochen. Wie er seine Zukunft gestalten will, weiß er nicht.

Um gerade solchen Jugendlichen zu helfen, startete der **Don-Bosco-Club Köln** am 31. Januar mit dem Don-Bosco-Fest ein neues Projekt (WORK4YOU). Es zielt auf Jugendliche und Heranwachsende im Alter von 15 bis 25 Jahren, die mit herkömmlichen Maßnahmen nicht mehr erreichbar sind. Dazu müssen die Jugendlichen intensiv gefördert und ihnen eine Zukunftsperspektive aufgezeigt werden. Sie sollen lernen, selbst aktiv werden.

"Nach fünf Jahren Vorlauf und Planung beginnt dieses Pilotprojekt, das in Berlin unter dem Namen ‚Manege‘ bereits erfolgreich läuft und jetzt auch in Köln neue Chancen für orientierungslose Jugendliche eröffnen soll", so **Matthias Marienfeld**, Leiter des Don Bosco Clubs. "Wir freuen uns, wenn wir neben unserem im Viertel bekannten Jugendzentrum für Kinder und Jugendliche im Alter von 6 -15 Jahren nun ein spezielles Angebot für junge Heranwachsende in schweren Lebenslagen anbieten." Träger sind die **Salesianer Don Boscos** sowie die **Kirchengemeinde St. Clemens und Mauritius**. Die finanziellen Mittel stammen in erster Linie vom **Bundesministerium für Arbeit und Soziales** aus dem Programm RESPEKT sowie aus Spenden des **Lions-Clubs Köln-Agrippina** und der **Sparkasse KölnBonn**.

"Wir bedanken uns insbesondere beim Lions-Club Köln-Agrippina, der uns schon seit vielen Jahren aktiv unterstützt und uns allein für die Umsetzung dieses Projektes 20.000 € zur Verfügung stellte", betont Matthias Marienfeld. Der Lions-Club Köln-Agrippina unterstützt den Don-Bosco-Club in Köln-Mülheim seit vielen Jahren. Dazu gehört die Finanzierung von Hausaufgabenbetreuung, diversen Freizeitaktivitäten, einem Mittagstisch sowie der Kauf von Geräten für den Spiel- und den Sportplatz. Ziel der Maßnahmen ist es, im Brennpunkt Köln-Mülheim Jugendlichen eine Anlaufstelle und Unterstützung zu bieten. "Wir bewilligten die Gelder, weil wir die Maßnahme für innovativ und sehr sinnvoll halten", sagt Club-Präsident **Karl-Heinz Pasch**. "Der Don-Bosco-Club ist der richtige Träger mit der notwendigen Erfahrung, um so ein diffiziles Projekt umzusetzen. Daher wird der Lions-Club das "Work4you"-Projekt auch künftig unterstützen."

Ein ähnliches Projekt zeigte in der Vergangenheit in Berlin gute Erfolge. "Wir halten es für wichtig, Jugendliche nicht in eine Spirale von Perspektivlosigkeit und Selbstaufgabe abgleiten zu lassen", sagt Heinz Fassbender, der Vorsitzende der Fördergesellschaft des Lions-Club Köln-Agrippina, der für die Spendenvergabe zuständig ist. "Wir sind froh, dass unsere gemeinsamen Bemühungen nun zum Erfolg geführt haben."



Ein 17-köpfiges Team aus SozialpädagogInnen, ErzieherInnen und AnleiterInnen betreut und unterstützt die Jugendlichen und holt sie zurück auf den Weg ins Leben: In Selbst- und Fremddachtung, in tragfähige und realistische Beziehungen und Lebensperspektiven, in Bildungsprozesse, Maßnahmen der Arbeitsförderung, Ausbildung oder Arbeit.

Ein wesentlicher Baustein des intensivpädagogischen Angebots ist die 24-Stunden-Bereitschaft an 365 Tagen im Jahr. "Wir sind rund um die Uhr für die Jugendlichen da und stehen ihnen zur Seite", erklärt Matthias Marienfeld, "denn das Leben mit seinen Problemen und die Suche nach Hilfe lässt sich nicht in Öffnungszeiten pressen."

Dabei gilt es individuell auf jeden Jugendlichen einzugehen und zu erfahren, welche ersten Schritte eingeleitet werden müssen. Geht es um die Hilfe bei schwerwiegenden gesundheitlichen Problemen, um die Wohnsituation, Schule, Schulden oder andere Schwierigkeiten?

"Damit wir die Jugendlichen eine Tagesstruktur heranführen können, bieten wir ihnen täglich drei Mahlzeiten in unseren Räumlichkeiten an. Zwei Notschlafplätze sind eingerichtet und können bei Bedarf in Anspruch genommen werden", so Marienfeld. WORK4YOU zeichnet sich dadurch aus, dass bestehende Strukturen im Viertel und darüber hinaus genutzt werden. "Wir wollen nicht das zehnte Bewerbungstraining anbieten, sondern das in Mülheim gut ausgestattete Netzwerk nutzen", so Marienfeld. So bestehen bisher Kooperationsabsichten mit acht Partnern aus unterschiedlichen Bereichen. Für die praktischen Arbeiten in den Bereichen Holz, Haustechnik, Garten- und Landschaftsbau, Hauswirtschaft, Küche ist eine Zusammenarbeit mit den **Berufsbildungswerken Köln** in Vorbereitung. Neben dem **Jobcenter Köln** sind auch andere Institutionen wie die **Bezirksjugendpflege Köln-Mülheim**, **Jugendhilfezentrum Don Bosco Helenenberg**, **Bürgeramt Köln**, **TAS Tages- und Abendschule Köln** und **CSH Christliche Sozialhilfe Köln** mit dabei. Weitere Kooperationen sind angestrebt.

Die Kontaktaufnahme zu den Jugendlichen mit erhöhtem Hilfebedarf erfolgt auf unterschiedlichen Wegen: Aus der Arbeit der offenen Tür des Don-Bosco-Clubs sind einige Jugendliche mit schwierigen Lebenslagen bekannt, die den Kontakt zum Club abgebrochen haben oder nur sporadisch in den Club kommen. Verschiedene Einrichtungen aus dem Viertel melden "Kandidaten", die für WORK4YOU in Frage kommen. Matthias Marienfeld: "Hauptsächlich wollen wir Jugendliche durch die aufsuchende Arbeit unserer Pädagogen und Erzieher erreichen." Pro Jahr sollen bis zu 120 Jugendliche betreut werden.

Das Gesamtbudget in Höhe von 1,78 Mio. € für das Projekt wurde für zwei Jahre bewilligt und enthält einen 10-prozentigen Eigenanteil, den der Don-Bosco-Club u.a. durch Spenden tragen muss.

*Don Bosco-Club, Köln, 22.1.2016*

4 x 7

Der Super-Fördermix

Viele Köche verderben nicht immer den Brei, sondern ermöglichen schon einmal eine vielfältige und qualifizierte Kinder- und Jugendarbeit: In ihrer Jahresübersicht verrät die **Katholische Jugendagentur Köln und Rhein-Erft** mit einer Collage, wer sie alles unterstützt - und vergisst auch ihre ehrenamtlichen MitarbeiterInnen nicht.



**Vielen Dank an unsere Sponsoren und Förderer!**

<b>Aktion MENSCH</b>	<b>Allianz</b>	<b>bki</b> Bundesvereinigung Katholische Kinder- und Jugendbildung e.V.	<b>C.L. Grosspeter Stiftung</b>
<b>KUNSTE ÖFFNEN WELTEN</b>	<b>Elias-Stiftung</b>	<b>Ernst-Cassel-Stiftung</b>	Besser hier zu Hause <b>GAG</b> Immobilien AG
Finde deinen Weg! <b>ISOTEC Jugendhilfe e.V.</b>	<b>Katholische Kirche in BfOs</b>	<b>Katholische Kirchengemeinde Zur Heiligen Familie</b>	<b>Katholischer Seelsorgebereich Köln Ehrenfeld</b> St. Joseph, St. Modestus, St. Peter, St. Anna, St. Barbara
<b>Köhler-Stiftung</b>	<b>Kölner Bank eG</b> Ihre Volksbank in Köln.	<b>Kölnischer Freiwilligen Agentur e.V.</b>	<b>LVR</b> Qualität für Menschen
<b>Lebenshilfe Köln</b>	<b>Louis migo</b>	<b>OVV hilfswerk</b>	<b>Pfarrverein Heilige Familie</b>
<b>Pro HOVI</b>	<b>KlimaBausteine</b>	<b>Sparkasse KölnBonn</b>	<b>Stadt Köln</b>
<b>Turnverein Dellbrück 1895 e.V.</b> Die Vielseitigkeit des Sports	<b>BOU</b> Marga und Walter Boll - Stiftung	<b>wir helfen</b> die Aktion des <b>Zillertal Club</b> Steudert für Kinder	Ein besonderer Dank gilt den vielen ehrenamtlichen Helfern!

"Die Geheime Botschaft"

Filmpremiere in Bonn



**Mika** arbeitet seit einiger Zeit aktiv in der Kinder- und Jugendarbeit für den **"Kleinen Muck"**. Dabei fiel ihm auf, dass viele Kinder gar nicht wissen, was alles hinter den Kulissen passiert, bis ein Film ins Fernsehen oder das Kino kommt.

Damit Kinder überhaupt ein Gefühl dafür bekommen, wie viel Arbeit im endgültig fertigen Produkt steckt, hat er mit Kindern vor und hinter der Kamera den Kurzfilm "Die geheime Botschaft" gedreht.

Einige aktive **WOKI**-Kollegen haben sie dabei unterstützt! Jetzt ist der Film endlich fertig und feierte am 30.1. Premiere, natürlich im **WOKI**, Bonns beliebtestem Kino! Neben dem Film "Die geheime Botschaft" wird außerdem die Kinderkamera-Reportage über das Green Juice Festival gezeigt. Zudem gibt es noch einen weiteren Überraschungs-Beitrag.

Das Filmprojekt fand von Juni bis Dezember 2015 im **Jugendzentrum HiP** im Rahmen der Projektreihe "Die Musikstation" statt und wurde durch den **Landschaftsverband Rheinland** und viele weitere Kooperationspartner gefördert. 11 Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 18 Jahren haben dabei die Möglichkeit erhalten, Einblicke in die Produktion eines Kurzfilms zu bekommen und sich vor und hinter der Kamera auszuprobieren.

**Facebookeintrag der Einrichtung**

Der (interne) Link des Monats

[www.nd-jugendzentrum.de](http://www.nd-jugendzentrum.de)



## Zoo-OT-Kombination

Inklusive OT Ohmstraße gewinnt Kinderfotopreis NRW



Die Mediengruppe der OT Ohmstraße, Köln durfte Anfang Dezember letzten Jahres, stolz den Preis für den 1. Platz des **Kinderfotopreises NRW** in Empfang nehmen. Die Kinder hatten sich mit einer Reihe aus fünf Fotos beworben, die sie gemeinsam erstellt und bearbeitet hatten. Die Preisverleihung fand im Rahmen eines vom **jfc Medienzentrum** organisierten Fotofestes statt, bei dem die Kinder an verschiedenen Fotoaktionen teilnehmen konnten.

Es herrschte eine freudige Überraschung als die Kinder der Inklusiven OT Ohmstraße für den Siegerplatz in der Kategorie "Gruppe 10-12 Jahre" nach vorne gerufen wurden. Der 10-jährige Tim erklärte dem Publikum die Machart der Fotomontage: "Wir haben bei einem Ausflug im Zoo Tiere fotografiert. Dann haben wir überlegt, wie wir uns Kinder mit in das Bild bringen. Wir haben uns fotografiert und am Computer in die Tierbilder eingebaut."

Einen riesen Glückwunsch von der Offen-Redaktion!

[www.ot-ohmstrasse.de](http://www.ot-ohmstrasse.de)

## Mein Haus, dein Haus, UNSER HAUS!

Engagement für den Erhalt von Haus St. Michael, Bonn

Eine Unterschriftenliste, eine eigene Facebookfanseite, eine eigene Homepage, zahlreiche wirksame Aktionen und Gespräche in der Öffentlichkeit und der Politik, eine gute und präzente Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, tolle Plakate usw., usw.,...

All das zählt zum herausragenden Engagement zum Erhalt der Jugendfreizeitstätte **Haus St. Michael** in Bonn-Beul. Der Aufwand scheint sich zu lohnen, denn die Politik hat bereits ihr Votum zum vorgelegten Sparplan der Verwaltung eingelegt!

60% Stellenabbau in der OT Haus Michael ab 2017?  
Wir sind DAGEGEN!!!

Kinder Jugend Familien ALLE! Wir brauchen **EUCH**, geht mit ...  
**DEMONSTRIEREN!**

**Dienstag, 02.02.2016**  
Treffen: 16.00 Uhr am Haus Michael, 16.30 Uhr Haupteingang Stadthaus Bonn

Mein Haus, Dein Haus, UNSER HAUS! [www.ot-haus-michael.de/zukunft](http://www.ot-haus-michael.de/zukunft)

Rechenaufgabe

2,5 Stellen  
- 1,5 Stellen

= Jugendförderung  
= Angebotsvielfalt  
= Arbeitsplätze  
= Sport  
= Freizeiten  
= Theater  
= Genderarbeit  
= Welt m. Haus ungenügend

Agenda 2017 der Stadt

Tafeln  
Kegelbahn  
Sport  
Theater  
Jugendgruppe  
Mädchengruppe  
Basteln  
Frühstück  
Freizeiten  
offene Angebote  
Kultur  
Arbeitsplätze

OT Haus Michael nach 52 Jahren vor dem **AUS?**

2017

Massive Kürzung der Offenen Jugendarbeit in Beuel-Nord.

**JUGENDFÖRDERUNG**

**BIS 2017. STREICHEN. WIR AUCH. EUREN. RAUM.**

Massive Kürzung der Offenen Jugendarbeit in Beuel-Nord.

Stadtteilanierung

~~Offene Jugendarbeit~~  
~~Ferienprogramme~~  
~~Interkulturelle Jugendarbeit~~  
~~Beratung~~  
~~Informationen~~  
~~Jugendkultur~~

SIND. 52. JAHRE. SCHON. GENUG?

Alle Aktivitäten, Meilensteine und Erfolgsmeldungen gibt es hier: <http://ot-haus-michael.wix.com/zukunft>

Facebookbeitrag der Einrichtung vom 28.1.2016

## Sing your Song

Projekt mit fünf Liedermacherinnen erfolgreich beendet



"Sing your song", so hieß das Talent- und Kulturprojekt, das drei katholische Offene Jugendeinrichtungen aus Grevenbroich, Dormagen und Düsseldorf durchgeführt haben. Junge Frauen, Jugendliche, haben sich beworben, und sie wurden von gestandenen Musikerinnen gecoacht.

Einmal Bühnenluft schnuppern, diesen Traum haben sich fünf junge Liedermacherinnen erfüllt. Mit Hilfe professioneller Anleitung haben sie geprobt, geschrieben, gesungen, und am Ende habe sie drei Auftritte (**Kultus** Grevenbroich, **Micado** Dormagen und **JFE St. Matthäus** Düsseldorf) erfolgreich gemeistert. Was dabei herausgekommen ist konnte man auf der Abschlussveranstaltung Mitte Dezember erleben.

Leider kann der bebilderte Radiobeitrag, der von der Abschlussveranstaltung erzählt, derzeit nicht im Internet aufgerufen werden (vielleicht lohnt sich in nächster Zeit das Googeln nach dem Projekttitel).

## Mal was anderes

Dokumentation und Dankbarkeit

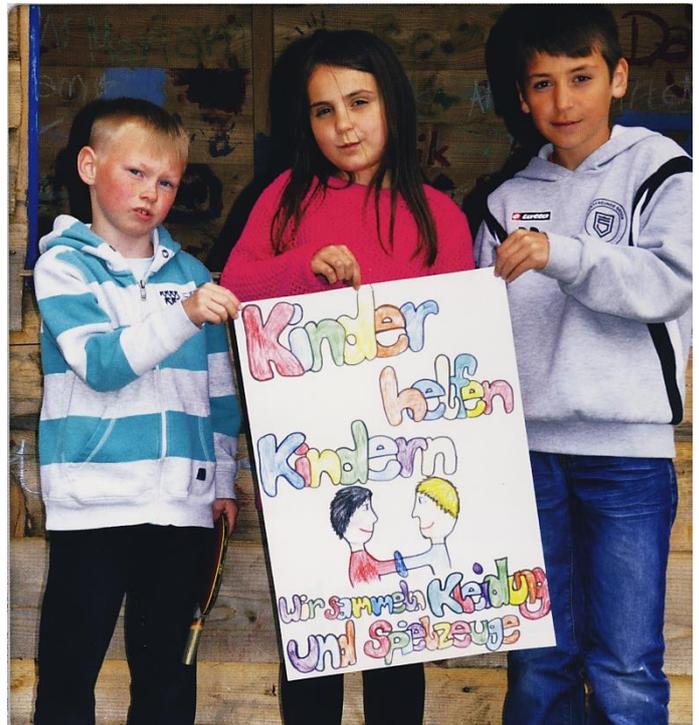


Im Rahmen ihrer - bereits traditionellen - Öffentlichkeitsarbeit (nach dem Bibel-Motto "Da erzählten auch sie, was sie unterwegs erlebt hatten." Lk 24,3,1) brachte die gut kooperierende **Katholische Jugendarbeit in Gelsenkirchen** nicht wieder einen neuen Jahreskalender auf den "Markt". Stattdessen gab es für die Freunde und Freundinnen ein besonderes Geschenk, das aber auch von der Arbeit der 4 Mitwirkenden erzählt: Ein Satz von 13 Postkarten will Freude machen und dazu einladen, diese Freude auch weiterzugeben bzw. weiterzuschicken.



## O-Ton (diesmal) mit Bild

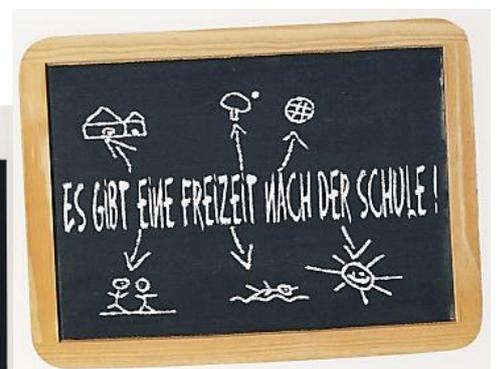
"Den armen Menschen muss geholfen werden!"



Auf die Frage "Was würdest du aufgrund deiner Erfahrung Menschen mitgeben, die meinen, hierzulande sei kein Platz mehr für Flüchtlinge" antworteten

- Lorenz: Es stimmt nicht! Deutschland hat für jeden Platz, der Hilfe benötigt. Den armen Menschen muss geholfen werden. Man soll an ihre Situation mit dem Krieg denken und warum sie flüchten. Sie haben Angst.
- Arijona: Wir haben Platz für viele Flüchtlinge, viele können in einer Flüchtlingsunterkunft unterkommen und ein Dach über dem Kopf haben.
- Peter: Flüchtlinge sollen sich hier wie zu Hause fühlen, sie sind sehr arm, und deswegen müssen wir sie unterstützen.

aus dem **Kinder-, Jugend- & Kulturhaus** in Finnentrop  
*information (Erzbistum Paderborn), 2 / 2015*



## Impressum



### Herausgeberin:

**Landesarbeitsgemeinschaft  
Katholische Offene Kinder- und Jugendarbeit Nordrhein-Westfalen**  
(LAG Kath. OKJA NRW)

Am Kielshof 2  
51105 Köln

0221 - 899 933-0

0221 - 899 933-20

E-Mail: [offen@lag-kath-okja-nrw.de](mailto:offen@lag-kath-okja-nrw.de)

Aktuelle Infos, Arbeitshilfen, (geldwerte) Impulse, wichtige Links,  
Hinweise auf aktuelle Buchveröffentlichungen usw. finden Sie auf  
unserer Homepage: [www.lag-kath-okja-nrw.de](http://www.lag-kath-okja-nrw.de)

### Redaktion:

Norbert Hubweber (verantw. i.S.d.P.),  
Andrea Heinz, Anke Oskamp, Doris Reiß



Karneval gibt es nicht nur in der Rheinschiene,  
auch im kinder-jugend- & kulturhaus der St. Nepomuk Gemeinde, Finnentrop

### Fotonachweis:

(soweit nicht aus dem Artikel ersichtlich)

Titel OT St. Nikomedes, Steinfurt

### Redaktionsschluss:

29. Januar 2016

nächste Ausgabe: April 2016

Wir nutzen in dieser Ausgabe "tinyurl.com" zur Komprimierung (allzu) langer Links.

Alle Artikel ohne Quellenangabe stammen aus der Offen-Redaktion.  
Nachdruck eigener Artikel ist bei Quellenangabe und Zusendung eines  
Belegexemplars gestattet.

Die Herausgabe dieser Zeitschrift ist gefördert aus dem  
Kinder- und Jugendförderplan des Landes NRW.

Ministerium für Familie, Kinder,  
Jugend, Kultur und Sport  
des Landes Nordrhein-Westfalen

